

Blickpunkt Politik KW 27

Ampel einigt sich auf Haushalt und schlägt Wachstumsinitiative vor

Am vergangenen Freitag (05.07.2024) hat die Ampel-Koalition eine grundsätzliche Einigung für die Eckdaten zum neuen Haushalt 2025 und Maßnahmen für neues Wachstum präsentiert.

Verhandelt wurden der Nachtragshaushalt 2024, der Regierungsentwurf 2025 und eine Wachstumsinitiative mit 49 Maßnahmen.

Für 2025 plant die Regierung ein Haushaltsvolumen von 481 Milliarden Euro ein, davon Investitionen in Höhe von 57 Milliarden Euro. Die Nettokreditaufnahme im Rahmen der Schuldenbremse belaufe sich auf 44 Milliarden Euro. Für das Jahr 2024 liege das Haushaltsvolumen, inklusive Nachtragshaushalt, jetzt bei 489 Milliarden Euro, wovon 52 Milliarden Euro Investitionen ausmachten. Dabei werde der Bund durch eine zusätzliche Nettokreditaufnahme in Höhe von 11,3 Milliarden die geringeren Einnahmen und höheren Ausgaben für 2024 ausgleichen.

Finanzminister Lindner verwies darauf, dass Bürger und Unternehmen 2025 und 2026 um insgesamt 23 Milliarden Euro entlastet würden, indem inflationsbedingte Mehrbelastungen vermieden würden.

Um mehr Investitionen anzureizen, will die Bundesregierung die Abschreibungsbedingungen verbessern. Dabei sollen die Regeln für die degressive Abschreibung bis 2028 verlängert und der Satz von 20 auf 25 Prozent erhöht. Außerdem soll die Forschungszulage ausgeweitet werden. Daneben soll es rückwirkend zum 1. Juli 2024 für Unternehmen eine Sonderabschreibung für neu zugelassene vollelektrische und vergleichbare Nullemissionsfahrzeuge geben. Sie soll bis Ende 2028 gelten. Auch soll die KfW-Förderbank Unternehmen noch besser durch zinsverbilligte Kredite und Bundesgarantien unterstützen können.

In allen Ministerien sollen verpflichtende Praxis-Checks eingeführt werden. Außerdem sollen die datenschutzrechtlichen Anforderungen verringert werden. Daneben soll die Schwelle, ab der ein Datenschutzbeauftragter notwendig ist, von 20 auf 50 Mitarbeiter erhöht werden. Auch sollen EU-Richtlinien in der Regel 1:1 in nationales Recht umgesetzt werden. Auch das Vergaberecht soll reformiert werden.

Entlastungen beim Lieferkettengesetz

Im Zuge der Verhandlungen um den neuen Haushalt kündigte Finanzminister Lindner zudem Entlastungen beim Lieferkettengesetz an.

Seit dem 1. Januar galt es für Unternehmen mit mehr als 1000 Mitarbeitenden, davor waren es Unternehmen mit mehr als 3000 Beschäftigten. Das wird sich wohl wieder ändern: Zwei Drittel der Unternehmen würden künftig nicht mehr unter die deutschen Vorschriften zur Achtung auf Menschenrechts- und Umweltverstöße entlang ihrer Lieferkette fallen, sagte Bundesfinanzminister Christian Lindner von der FDP.

Auch werde die Umsetzung des europäischen Lieferkettengesetzes so weit wie möglich hinausgezögert. Mit dem LkSG muss sich auch der Bundesrat erneut befassen. Bayern brachte einen Entschließungsantrag ein, der die Aussetzung des Gesetzes bis zur nationalen Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie zum Ziel hat. Der Antrag wurde am Freitag von der Länderkammer in die Ausschüsse überwiesen.

KfW-ifo-Fachkräftebarometer Juni 2024

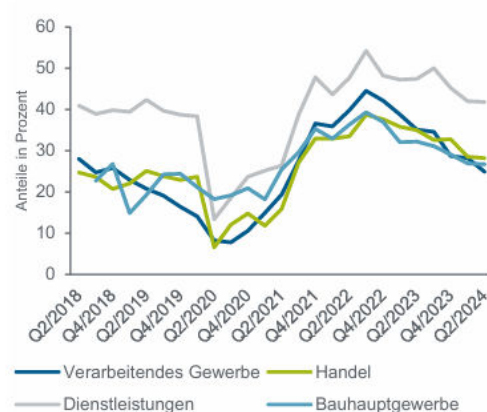
Der Fachkräftebarometer gibt an, wie hoch der Anteil der Unternehmen ist, die ihre Geschäftstätigkeit durch den Fachkräftemangel behindert sehen.

Zu Beginn des 2. Quartals behinderte Fachkräftemangel die Geschäftstätigkeit von 35 % der Unternehmen. Die Fachkräfteknappheit hat sich durch die schwache Konjunktur verringert, ist aber weiterhin historisch hoch.– Die Fachkräfteknappheit hat sich stark ausdifferenziert: Im Dienstleistungsbereich beklagen aktuell 42 % der Unternehmen fehlende Fachkräfte, in der Industrie 25 %.

KfW-ifo-Fachkräftebarometer



KfW-ifo-Fachkräftebarometer Wirtschaftsbereiche



Alle großen Wirtschaftsbereiche sind betroffen, große Unternehmen etwas häufiger als KMU. Die Fachkräfteknappheit hat sich nach Branchen und regional stärker ausdifferenziert. Besonders ausgeprägt ist sie in Dienstleistungszweigen und in den östlichen Bundesländern.

In den kommenden Jahren wird sich die Fachkräfteknappheit wieder verstärken, wenn sich die konjunkturelle Lage wie erwartet verbessert. In welchem Ausmaß dies geschieht, hängt davon ab, wie erfolgreich ein Gegensteuern gelingt mit Anreizen für eine höhere Erwerbsbeteiligung, Anwerbung und Integration qualifizierter Zuwanderer, bedarfsgerechter Qualifizierung und Umschulung sowie Maßnahmen zur Steigerung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität.

Ausbildungsbündnis tagt zu „Exzellenz in der beruflichen Ausbildung“

Noch rund 35.300 gemeldete Ausbildungsplätze im Land sind unbesetzt.

Die Zahl der Bewerber für Ausbildungsstellen ist im Vorjahresvergleich um 1,7 Prozent auf 47.028 gestiegen. Gleichzeitig ist die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen im Vorjahresvergleich um 2,1 Prozent auf 71.962 gesunken. Somit kommen aktuell 66 Bewerber auf 100 betriebliche Ausbildungsstellen.

Beim Spitzengespräch zur Ausbildungssituation haben sich die Partner des Ausbildungsbündnisses Baden-Württemberg am 1. Juli in Stuttgart über die aktuelle Situation des Ausbildungsmarkts im Land ausgetauscht. Arbeits- und Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, die das Spitzengespräch leitete, sagte: „Der Ausbildungsmarkt ist noch stark in Bewegung. Die Bewerberzahlen sind in den vergangenen drei Jahren kontinuierlich gestiegen. Das ist eine gute Nachricht. Wir hoffen, dass die Zahlen der Bewerberinnen und Bewerber bis zum Herbst dieses Jahres noch weiter steigen. Gleichzeitig waren im Juni noch 35.300 gemeldete betriebliche Ausbildungsstellen offen. In jedem Ausbildungsplatz steckt eine Chance, beruflich durchzustarten. Ich ermutige darum alle jungen Menschen im Land, ihre Ausbildungschance zu nutzen.“

Um gute Ausbildung noch sichtbarer zu machen und auch Ausbilderinnen und Ausbilder für ihr Engagement und ihre Leistung auszuzeichnen, plant das Wirtschaftsministerium im kommenden Jahr einen Landesausbilderpreis auszuschreiben.